

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dreieckschrift: Tageblatt Riesa.
Heftzettel Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsgerichtsbehörde beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postleitzettel: Dresden 1539
Ostholzstr. Riesa Nr. 52.

Nr. 148.

Freitag, 27. Juni 1924, abends.

77. Jahrg.

Tageszeitung jeden Tag abends 19,6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. **Bezugspreis**, gegen Vorauflage für Monat 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. für die Nummer des Ausgabotages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gemahr für das Erreichen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für bewilligter Rabatt erhältlich, wenn der Betrag versiegt, durch Abzug eingezogen werden muss oder der Auszugsgeber in Kontrolle steht. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Zuständige Unterhaltungsbehörde keinen Anspruch auf Rieserung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Verlagsdruck und Verlag: Longer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Deutscher Reichstag.

(Stimmungsbild.)

Annahme der Beamtenbesoldungsaufträge.

v.d. Berlin, 26. Juni 1924.
Am Reichstag wurden in der Donnerstaatsfahrt die am Mittwoch zurückgestellten Abstimmungen zur Beamtenbesoldungsauftrag vorgenommen. Nach langerer Gesetzesordnungsdebatte über die Reihenfolge kam es zur Ablehnung der weitergehenden kommunistischen Anträge und der Antrag des Haupthausschusses wurde angenommen, wonach

71 Millionen zur Aufbesserung der Gehälter

in den Befolgsgruppen I-VI

verwandt werden und allgemein die sozialen Zugaben erhöht werden sollen. Die übrigen Anträge wurden den Ausschüssen überwiesen. Angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag, wonach der Personalabbau solange ausgeführt werden soll, bis die vorbereitete Änderung der Personalabbauverordnung vom Reichstag verabschiedet ist. Ein Antrag v. Graefe (Nat.-Soz.), die Erhöhung der Grundgehälter auch auf die Gruppen VII und VIII auszudehnen, wird gegen die Antragsteller abgelehnt, da sich dadurch der Betrag, der auf den Einzelnen kommt, noch verringern würde.

Ebenfalls gegen die Antragsteller abgelehnt wird der kommunistische Antrag, nicht 71½ Millionen, sondern 800 Millionen Mark an Erhöhung anzunehmen.

Durch diese Abstimmungen sind sämtliche anderen Besoldungsaufträge erledigt.

Die 9 Stunden währende Sitzung wurde im übrigen, wie wir bereits gestern berichtet haben, durch eine Aussprache über Sozialpolitik ausgefüllt. Das Interesse der Abgeordneten an diesen Tagen schien recht gering zu sein, denn die meisten Redner hatten nicht einmal die Mehrheit ihrer Fraktionsgenossen als Zuhörer, und die Publikumstribüne waren weitläufig besetzt als der Sitzungssaal. Eine Fülle von Anträgen der verschiedenen Fraktionen verlangten Reformen in der Versorgung der Kriegsbeschädigten, im Sozialversicherungswesen, in der Gewerbslosenfürsorge und im Arbeitsmarktwesen. Den Reichen der Redner eröffnete der Deputationsvorsitzende Abg. Weidt, dass im Sinne der Süderländer christlich-sozialen Bewegung sprach. Die zweite Jungferrede des Tages hielt der Sozialdemokrat Abg. Graemann, der als Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen den Abbau der Sozialpolitik protestierte. Den Gedanken "unterstreich Sozialpolitik" vertreten auch die Redner aller übrigen Fraktionen, die Abg. Frau Teutsch (Btr.), Thiel (Dp.), Siegert (Dem.), Schwarzer (Dp. Pp.), Hegel (Wirtschaftsvereinigung) und Jenzen (Deutschos.). Die Redner der äußersten Rechten und der äußersten Linken, Abg. Stettler (Komm.) und Vothenbach (Nat.-Soz.) stimmten darin überein, dass sie von diesem Reichstag und von dieser Republik keine bestrebende Sozialpolitik erwarten. Der Nationalsozialist sieht die Möglichkeit dazu, erst in dem auf der Strohe zu erkämpfenden völkischen Staat und der Kommunist tut gleichfalls die Massen zum Kampf für eine neue Sowjetrepublik auf. Uebereinstimmung herrschte bei allen Rednern darüber, dass das traurige Vorstoß der Kriegsbeschädigten schleunigst verbessert werden muss. Arbeitsminister Braun wohnte den Verhandlungen bei, aber vom Regierungsrat wurde dazu nicht das Wort genommen. Die die Kriegsbeschädigten betreffenden Anträge gingen an einen besonderen Ausschuss, die übrigen an den sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Ausschuss.

Um 18 Uhr vertagte sich das Haus auf Freitag, 12 Uhr mittags.

Auf der Tagesordnung stehen Interpellationen über die Notlage der Landwirtschaft und des Weinbaus.

Der Wettbewerb des Reichstags
beriet gestern abermals endgültig über die Dispositionen für Freitag und Sonnabend. Am Freitag um 12 Uhr stehen die Interpellationen wegen der landwirtschaftlichen Kreditnot, am Sonnabend um 10 Uhr die Interpellationen wegen der Notlage der Ausgewiesenen und wegen der Auswertungsfrage auf der Tagesordnung. Es bleibt dabei, dass am Sonnabend der gegenwärtige Tagungsabschnitt abgeschlossen wird. Wann dann der Reichstag wieder zusammen treten kann, ist noch ungewiss.

Der Reichsrat
genehmigte den Ausführungsbericht über die Aufhebung von Vorordnungen der Verordnung betreffend Handelsbeschränkungen, und der Verordnungen über Zölle, da der Warenumangel jetzt beseitigt sei und die Schranken fallen könnten. Schließlich fand die neue Verordnung über die Gerichtskosten und über die Gebühren der Reichsanwaltschaft statt, die Seite festgestellt werden. Das deutschvolkische Abkommen über den erleichterten Verkehr mit dem Wirtschaftsgebiet an der polnisch-deutschen Grenze in Oberschlesien wurde angenommen. Ebenso das deutsch-polnische Abkommen über die Beamten in Oberschlesien.

Sächsischer Landtag.

v.l. Dresden, 26. Juni 1924.

Die heutige Sitzung des Landtages begann mit einer Erklärung des Ministerpräsidenten Heldt zu der Unwetterkatastrophe in der Oberlausitz. Der Schaden, der allein in Wilthen angerichtet wurde, beträgt über 1 Million Mark. Da die Gemeinden kein Geld hätten, um die nötigen Arbeiten vorzunehmen, habe er 1000 Mark aus den ihm

zur Verfügung stehenden Mitteln zur sofortigen Verteilung an die Bedürftigsten überwiesen und dem Bürgermeister außerdem 3500 Mark ausgebaut, um die dringenden Arbeiten zu leisten. Ohne fremde Hilfe könne die betroffene Gemeinde den Schaden nicht decken. Deshalb sei es Wunsch der Regierung, helfen einzuseilen. Dem Landtag werde abzuhelfen eine Vorlage machen, in welcher Weise geholfen werden kann. (Bravo-Rufe.) Ich darf die Regierung aussprechen, dass die Regierung an dem Unglück den lebhaftesten Anteil nimmt und bereit ist, soweit in ihren Kräften steht, dazu beizutragen, dass die Bevölkerung durch die Katastrophe verursachten Schaden ermöglicht wird. (Beifall.) Ein denselben Gegenstand betreffender Antrag der Deutschen-nationalen wird an den Ausschuss überwiesen.

Das Haus tritt dann in die Tagesordnung ein und nimmt zunächst den

Entwurf eines Wohlfahrtsgesetzes

in Vorberatung.

Abg. Frau Schilling (Soz.) vertretet die berichtigsten Forderungen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen und wünscht gesetzliche Prämien der finanziellen Seite des Gesetzes. — Abg. Frau Büttner (Nat.) verlangt, dass auf Grund dieses Gesetzes nicht etwa Sachen ungünstiger geltet werden, als andere Teile des Reiches. Rednerin beantragt Überweisung des Gesetzes an den Reichsausschuss. — Abg. Dr. Hartwig (Dp.) fordert, dass die vorliegende Gesetzesvorlage nicht mehr mit dem Herzen als mit Geld getrieben werden. Es geht nicht an, dass der Kleinrentner, den der Arbeiterturnbund einsetzen kann, angenommen. Gehen die Rechtsparteien, wurde den Arbeiterschaftsausschuss ausdrücklich über die Guteleistungen hinaus noch ein Betrag von 6000 Mark entsprechend einem Antrag der Berichterstatterin Frau Abg. Büttner (Soz.) zugestellt. Zu übrigen wurden die Einstellungen der Vorlage gemäß genehmigt.

Es werden sodann mehrere Kapitel des ordentlichen Staats nach den Einstellungen erledigt.

Zum Schluss protestiert Abg. Grellmann dagegen, dass die Regierung keine Anfrage nicht beantwortet habe. — Ministerpräsident Heldt verkündet eine baldige Antwort. Nächste Sitzung Dienstag, 1. Juli, nachm. 1 Uhr.

Forderungen der Turnerschaften.

Trotzdem, Der Kreislaufausschuss II lehnt am Donnerstag die Petition über das Staatsziel 57 betr. Landessfürsorgeverband und Wohlfahrtspflege fort. Über liegt vorliegende Eingaben des Arbeiterturnbundes um einen Staatszuschuss von 100 000 Mark zum Bau einer Turnhalle in Leipzig und des Kreises 14 der deutschen Turnerschaft um Unterstützung von 2000 Mark zur Förderung seines Turnschulwesens entwirkt sich eine längere Aussprache. Ein Antrag des Abg. Voigt (D. P.) fordert, dass die Einstellung der Turnerschaft ebenfalls die Überweisung an die Regierung zur Verfestigung. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten, der Kuraug. betr. Arbeiterturnbund, einstimmig angenommen. Gehen die Rechtsparteien, wurde den Arbeiterschaftsausschuss ausdrücklich über die Guteleistungen hinaus noch ein Betrag von 6000 Mark entsprechend einem Antrag der Berichterstatterin Frau Abg. Büttner (Soz.) zugestellt. Zu übrigen wurden die Einstellungen der Vorlage gemäß genehmigt.

Herrichts Deutschlandpolitik.

Der Senat hielt gestern unter seinem neu gewählten Präsidenten Dr. Selb seine erste Sitzung ab. In seiner Gründungsrede erklärte Dr. Selb, er werde sich bemühen, der Volksfreude der Meinung des ganzen Senates zu sein. Senator Hubert Kellie batte darauf an Herricht eine Reihe von Fragen über das Erziehungs- und die Kolonial-Unterstützungen von London und Brüssel, die im ganzen Lande eine breitflächige Erregung hervorgerufen hätten. Er stellte im Namen des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten zehn Fragen, auf die Herricht eine schriftliche Erklärung verfasst, in der u. a. ausführlich wird. Er habe sich nach Chemnitz begeben, um mit Macdonald ein Arrangement zu diskutieren, das geplant sei. Der Sachverständigenrat zur Ausführung zu bringen. In der Frage der militärischen Bezeugung des Reichsgebietes haben die Regierungen Frankreichs und Belgien ihre Handlungsfreiheit nicht aufgezeigt. Man habe Verpflichtungen Deutschlands in der Ausführung des Verdöblanes ins Auge gefasst. Macdonald habe ihm bestätigt, dass für den Fall, dass Deutschland verlasse, England sich feierlich verpflichten werde, an der Seite der Alliierten zu bleiben. Das Vorhaben für den Fall etwaiger Verfehlungen müsse noch geprüft werden. Seine Unterstellungen haben auch die Frage einer Garantie für Frankreich gegen einen deutschen Angriff betroffen. Die Sicherheiten, die der Friedensvertrag gebe, habe er nicht aufgegeben können. Die Sicherheitsbedingungen im Gebiet der französisch-belgischen Regie sollen militärische Sachverständigen unterstellt werden. Damit Europa im Frieden leben könne, müsse Deutschland entwaffnet sein. Erklärungen und Verträge könnten Frankreich nicht genügen. Die Ansicht Macdonalds stimme in dieser Frage mit der seinen vollkommen überein. Deutsches und Dynastie haben sich nach Kenntnisnahme der Verhandlungen in Chemnitz vollkommen einverstanden erklärt. Deutschlands Interesse beruhe darin, so schnell wie möglich die normandischen Maßnahmen zur Durchführung des Dawesplanes zu ergreifen. England wünsche, dass ihm Deutschland durch unterschriftliche Verpflichtungen bindet. Macdonald habe zugesagt, dass die Frage der internationalen Schulden wieder aufgenommen werde. Er habe darauf hingewiesen, dass man Frankreich in dieser Frage eine billige Lösung zugeschenken müsse. Durch endgültige Abredungen habe er sich nicht gebunden. Deutschlands Eintritt in den Völkerbund werde von Deutschland selbst abhängen, sobald es seine ihm im Vertrage auferlegten Verpflichtungen erfüllt habe. Man habe nur statisch dahin beständig, dass Deutschland, wenn es lokal ist, nicht beansprucht werden solle, dass ihm aber andererfalls nichts erspart werden würde. — Die Rede Herricht wurde vom Senat mit reservierten Stimmen aufgenommen. Senator Hubert erklärte sich im ganzen befriedigt. Wenn Herricht dieses Programm durchführt, werde er sich um Frankreich verdient machen.

Konferenz der Ministerpräsidenten am 3. Juli.

Wie heute morgen bekanntgegeben wurde, hat der Reichskanzler die Staats- und Ministerpräsidenten der Länder zum 3. Juli (nicht zu gestern) zu einer Zusammenkunft nach Berlin gebeten. Der Gegenstand, über den die Reichsregierung mit den Chefs der Landesregierungen zu konferieren wünscht, ist ausschließlich die Frage des Sachverständigen-Gutachtens, deren Durchführung ja in wesentlichen Teilen — Finanzabwicklung, Eisenbahnpriorisierung, Industrieobligation usw. — auch in die Kompetenzen der Länder eingreift. Es ist anzunehmen, dass sich die Reichsregierung für die bevorstehenden parlamentarischen Auseinandersetzungen über die Annahme und Verwirklichung der Gutachten der Unterstützung der Länder verpflichten wird.

Weiter liegt vor eine Anfrage des Abg. Grellmann und Genossen betr. die Stromberechnung für Riesa auf dem Lande seitens der Stadt Baunberg. Abg. Grellmann (Dp.) begründet die Anfrage; er bitte die Regierung um Auskunft über die Bedingungen, unter denen der Staat der Stadt Baunberg Strom überlässt und sagt die Regierung, was sie zu tun gedenkt, um die verbrauchende Bevölkerung vor Überverteilung zu schützen. — Es erfolgt hierauf weder eine Antwort noch eine Aussprache.

Ein kommunistischer Antrag betr. Einstellung des Abg. Riesa kriegsbeschädigter Arbeiter, Angestellten und Beamten wird entsprechend dem Antrag der Auschuss mehrheitlich durch eine Erklärung der Regierung für erledigt erklärt.